

Stenographisches Protokoll.

47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 4. Juli 1928.

Inhalt.

Bundesregierung: Mitteilung des Bundeskanzlers von der Enthebung des Bundesministers für Justiz Dr. Dinghofer vom Amte und Betrauung des Bundeskanzlers mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte des Bundesministeriums für Justiz — Hauptausschuß (1375).

Regierungsvorlagen: 1. Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsgerichtsvertrag mit Spanien (B. 176) (1375) — Verfassungsausschuß (1391);

2. Grundsätze für die Beendigung der Wiederbesiedlung und Luftkutschenablösung (B. 177) (1375) — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (1391).

Verhandlung: Bericht des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 172), betr. das Zweite Zusatzabkommen zu dem zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn am 8. Februar 1922 in Budapest geschlossenen Handelsübereinkommen (B. 175) — Berichterstatter Volker (1375 u. 1390), Freundlich (1376), Fahrner (1381), Pistor (1383), Manhalter (1386), Müller (1387) — Annahme des Ausschußantrages (1390).

Ausschüsse: Zuweisung der Anträge Nr. 154 und 155 an den Verfassungsausschuß (1391).

Wahl Bauer Moiss als Mitglied und Dr. Hampel und Hermann als Ersatzmänner des Ausschusses für Handel an Stelle Müller, beziehungsweise Klimann und Hareter, Kern als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Markschlager (1391).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Geisler, Heuberger, in einer Notstandsangelegenheit (157/A);

2. Jarboch, betr. die Schaffung eines Bundesgesetzes zum Schutze der Naturdenkmale (Bundesnaturschutzgesetz) (158/A);

3. Haueis, Dr. Kneußl, Dr. Kolb, Dr. Schuschnigg, Steiner, in einer Notstandsangelegenheit (159/A).

Anfrage: Jarboch, Finanzminister, betr. die Schaffung von Gebührenerleichterungen für Darlehen, welche Hypothekenanstalten an Landwirte gewähren (98/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 176 und 177.

Bericht des Ausschusses für Handel B. 175.

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 26. und 27. Juni als genehmigt.

Es ist folgendes Schreiben des Herrn Bundeskanzlers eingelangt:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit dem Schreiben vom 4. Juli 1928 den Herrn Bundesminister für Justiz Dr. Franz Dinghofer auf seinen Wunsch seines Amtes enthoben und gleichzeitig mich mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte des Bundesministeriums für Justiz betraut.

Hievon beehre ich mich, behufs weiterer Veranlassung die Mitteilung zu machen.

Wien, am 4. Juli 1928.

Seipel.“

Dieses Schreiben wird an den Hauptausschuß geleitet.

Es sind Regierungsvorlagen eingelangt, betr.: 1. Vergleichs-, Gerichts- und Schiedsgerichtsvertrag mit Spanien (B. 176); 2. Grundsätze für die Beendigung der Wiederbesiedlung und Luftkutschenablösung (B. 177).

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist der Bericht des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 172), betr. das Zweite Zusatzabkommen zu dem zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn am 8. Februar 1922 in Budapest geschlossenen Handelsübereinkommen (B. 175).

Berichterstatter Volker: Hohes Haus! Das vorliegende Abkommen hat seinen Grund in der letzten Zolltarifnovelle, die das hohe Haus beschlossen hat. Es waren durch dieses Zusatzabkommen demnach die in dem geltenden Vertrag an Ungarn zugestandenen Vertragsätze mit den Änderungen dieses autonomen Zolltarifs in Einklang zu bringen. Über das Meritum dieses Abkommens wurde sowohl bei der ersten Lesung wie auch bei den Verhandlungen im Ausschusse zur Genüge gesprochen. Ich verweise auf den Bericht, der dem hohen Hause vorliegt, und will noch vielleicht besonders hervorheben, daß der neue Zoll den reinen Produktionschutz der Mühlen von 1.37 auf 2.53 Goldkronen, also um 70 Prozent oder nahezu 1 Goldkrone, erhöht. Das vorliegende Abkommen zusammen mit dem bisherigen Vertrag wurde für ein Jahr abgeschlossen und kann erstmalig drei Monate vor diesem Termin, späterhin jederzeit auf drei Monate gekündigt werden. Der Vertrag

tritt acht Tage nach der Ratifikation in Kraft, eventuell auch früher, sobald das Abkommen von den beiden Parlamenten genehmigt wird.

Wir alle wollen hoffen, daß die Befürchtungen, die bei den Verhandlungen zum Ausdruck kamen, nicht wahr werden und daß dieses Abkommen unseren Interessen entspricht.

Während der Debatte im Ausschuß wurden zwei Anträge von der Frau Abg. Freundlich gestellt, die aber der Ausschuß ablehnte und die dem hohen Hause nun als Minderheitsentscheidungen vorliegen.

Der Ausschuß für Handel stellt sohin den Antrag (liest):

„Der Nationalrat möge beschließen:

„Dem Zweiten Zusatzabkommen zu dem zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn am 8. Februar 1922 in Budapest geschlossenen Handelsübereinkommen in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 172) wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“

Frau Freundlich: Hohes Haus! Wir haben in den letzten Jahren immer wieder neue Novellen zu unseren Zollltarifen beschlossen, und anschließend an die Novellierung unseres autonomen Zollltarifs sind neue Handelsverträge abgeschlossen worden. Wir können feststellen, daß die Opposition in den letzten Jahren immer wieder bemüht war, die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen sowohl bei der Erstellung von Zollltarisnovellen und beim autonomen Zollltarif durchzusetzen, wie wir uns auch bemüht haben, bei den Handelsverträgen zu verhindern, daß durch eine einseitige Begünstigung bestimmter Kreise unseres wirtschaftlichen Lebens die Interessen der Gesamtheit und die unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung gestört werden. Wir haben auch in den letzten Jahren in den meisten Fällen für die Handelsverträge, die abgeschlossen worden sind, in diesem hohen Hause gestimmt. Wir können leider in der letzten Zeit unsere Zustimmung zu den Handelsverträgen, die die Regierung mit benachbarten und anderen Staaten abschließt, nicht geben. Wir waren aus ganz bestimmten Gründen gezwungen, gegen den österreichisch-französischen Handelsvertrag zu stimmen, vor allem, weil wir darin ein sehr gefährliches Präjudiz in der Forderung, die Ermäßigung von österreichischen Steuern in einem Handelsvertrag zu versprechen, erblicken. Wir können unmöglich der Regierung das Recht zubilligen, durch Handelsverträge Entscheidungen des österreichischen Parlaments vorweg zu bestimmen.

Wir sind aber auch außerstande für den Handelsvertrag zu stimmen, der nun zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung zum Abschluß gelangt ist. Wenn wir die Entwicklung unserer Handelspolitik verfolgen, wenn wir die Ziffern der

Ein- und Ausfuhrstatistik beobachten, dann können wir in den letzten Jahren, sowohl 1927 wie 1928, in mancher Hinsicht eine Besserung unseres Handelsverkehrs feststellen. Wir haben in einzelnen Monaten sogar eine Verringerung unseres Handelsdefizits zu verzeichnen. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1928 ist das Passivum unserer Handelsbilanz gegenüber 1927 stabil geblieben, das heißt, unsere handelspolitische Situation hat einen gewissen Grad der Stabilität erreicht.

Der Herr Handelsminister hat im Ausschuß für Handel und Verkehr diese Besserung unserer handelspolitischen Verhältnisse darauf zurückgeführt, daß wir in den letzten Jahren in unserer Handelspolitik eine energische Wendung zum Schutzoll durchgeführt haben. Wir können dieser Ansicht durchaus nicht zustimmen, wir müssen im Gegenteil feststellen, daß das neue sehr energische Bekenntnis der Mehrheitsparteien zu den Hochschutzzöllen und zu einer ganz exzessiven Schutzollpolitik eine ernste Gefahr für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung werden kann.

Wenn Sie die Ziffern unserer Handelsstatistik beobachten, so werden Sie sehen, unser Handelsverkehr bessert sich namentlich nach den Weststaaten und unter diesen vor allem im Verkehr mit Deutschland. Der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Österreich ist in den letzten Jahren von 27,2 auf 18,5 Millionen Schilling gestiegen, ein deutlicher Beweis, daß es der österreichischen Industrie, daß es einem Teil der österreichischen Produktion gelungen ist, Absatzmärkte im Westen zu erobern. Diese Absatzmärkte im Westen konnten wir vor allem aus zwei Ursachen gewinnen.

Es spielen heute auf dem Weltmarkt die Gesteungskosten, die die einzelnen Industrien bei der Erzeugung ihrer Produkte haben, eine sehr wesentliche Rolle. Alle Bestrebungen, durch die Rationalisierung der Betriebe, durch Umstellung der inneren Organisation eine Verbilligung der Gesteungskosten herbeizuführen, beweisen ja, daß heute die Gesteungskosten im Handelsverkehr eine ganz andere Rolle spielen, als es früher einmal der Fall war. Wenn wir nun in Österreich in vielen Industrien immer noch billiger produzieren können als die ausländische Konkurrenz, so danken wir das einmal dem Wertschutz, der es gestattet, daß die Löhne und Einkommen in Österreich außerordentlich niedrig sind, so daß wir heute zu jenen Ländern Europas zählen, wo die Einkommensverhältnisse der Arbeiter und der Angestellten mit zu den schlechtesten gehören, die wir in Europa haben. Und zum anderen danken wir es der Tatsache, daß eben unsere Lebenshaltung bisher wesentlich billiger war. Denn auch unsere Zollpolitik hat ja bisher ein Ansteigen der Steuerung vielfach verhindert.

Nun aber sollen die Lebenshaltungskosten der arbeitenden Menschen in Österreich gerade durch den neuen Handelsvertrag mit Ungarn außerordentlich verteuert werden. Die wichtigsten Positionen, die dieser Handelsvertrag enthält, sind ja die Zugeständnisse, die hinsichtlich des Getreide- und Mehlsolles gemacht wurden. Wir haben schon bei der Verhandlung über die letzte Zolltarifnovelle und in den achtmönatigen Verhandlungen, die im Zollausschusse stattgefunden haben, festgestellt, daß die Verteuerung von Brot und Mehl, die aus diesem Hochschutzzoll entstehen wird, der nun durch den Handelsvertrag mit Ungarn zu einem Fundament unserer Handelspolitik gemacht werden soll, daß diese Verteuerung für eine vierköpfige Familie in Wien mindestens 52 S im Jahr beträgt. Wir haben eine große Zahl von Arbeitern, die heute einen Wochenlohn von 15 bis 20 S besitzen. Das sind also Familien, denen durch die Erhöhung der Brot- und Mehlspreise, durch die Erhöhung der Schutzzölle auf Getreide und Mehl eine Verteuerung ihrer Lebenshaltung auferlegt wird, die ungefähr zwei bis drei Wochenlöhnen entspricht. Da es nun fast ausgeschlossen ist, in Lohnkämpfen eine Erhöhung des Einkommens um diese Summen in allen Kategorien durchzusetzen, wird sich natürlich die Lebenshaltung der österreichischen Bevölkerung außerordentlich verschlechtern. Die Bevölkerung hat dann nur ein Mittel, sich gegen diese Verteuerung ihrer Nahrung zu schützen, indem sie ihre industriellen Bedürfnisse, also Kleidung, Wohnung, Wäsche, Schuhe usw., auf das geringste Maß einschränkt. Es wird die Verteuerung von Mehl und Brot dazu führen, den Verbrauch an Schuhen und Kleidern auf dem heimischen Markt wesentlich zu beschränken. Wir können mithin erwarten, daß die Arbeiterklasse diese erhöhten Zölle nicht nur durch eine Verteuerung ihrer Lebenshaltung, sondern auch durch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit bezahlen wird. Wenn auf dem heimischen Markt weniger industrielle Produkte abgesetzt werden können, dann kann man natürlich weniger erzeugen; diese geringere Erzeugung wirkt sich natürlich in einer steigenden Ziffer der Arbeitslosen aus.

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß der Brot- und der Mehlspreis die eigentlichen Fundamente für alle Preisbildungen sind, die sich daran anschließen. Wir haben im Kriege jedesmal feststellen können, daß wenn eine Erhöhung des Brot- und des Mehlspreises eingetreten ist, automatisch alle anderen Bedarfsartikel teurer wurden. Wenn Getreide und Mehl im Preise steigen, dann werden auch die Kartoffeln und alle anderen landwirtschaftlichen Produkte teurer.

Hand in Hand damit geht natürlich auch eine Verteuerung der industriellen Produkte. Brot bildet eben die Hauptnahrung unserer österreichischen Be-

völkerung, und wenn ein Hauptnahrungsmittel wesentlich verteuert wird, spürt man dies natürlich in allen Gesteungskosten, die sich auf dem Markte in Preiserhöhungen umsetzen.

Wir können schon aus diesem Grunde für den Handelsvertrag nicht stimmen, weil wir uns nicht mitschuldig machen können an einer wesentlichen Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung.

Man sagt uns nun von agrarischer Seite: Ja, der österreichischen Landwirtschaft geht es schlecht, man muß ihr helfen. Wir haben zu wiederholten Malen festgestellt, daß auch die Opposition, daß auch die sozialdemokratische Partei sich der Notwendigkeit nicht verschließt, daß man mit allen Hilfsmitteln, die uns zur Verfügung stehen, der Landwirtschaft in ihrer schweren Krise beistehen muß. Wir halten aber die Methode des Hochschutzzolles erfahrungsgemäß für eine nicht wirkungsvolle Methode. Die Methode, durch Schutzzölle die Einfuhr zu drosseln und die Lebenshaltung der industriellen Bevölkerung zu verteuern, wird niemals dazu führen, die wirtschaftliche Entwicklung allseitig zu fördern.

Ich möchte darauf hinweisen, daß in Deutschland weit höhere Schutzzölle bestehen als bei uns in Österreich. Deutschland hat einen Getreidezoll, der 6 Goldmark pro 100 Kilogramm beträgt. Trotzdem dieser Zoll außerordentlich hoch ist und der deutsche Reichstag die Hochschutzzollpolitik der Friedenszeit wiederhergestellt hat, befindet sich die deutsche Landwirtschaft in einer so schweren Krise, daß nicht nur die Reichsregierung, sondern daß auch die einzelnen Landesregierungen große Summen zur Verfügung stellen müssen, um der deutschen Landwirtschaft zu helfen.

Es ist weiter bemerkenswert, daß in den Notprogrammen, die nun immer wieder von den einzelnen Regierungen verlaublich werden, die Forderung nach einer Erhöhung der Hochschutzzölle nicht mehr auftaucht. Im Gegenteil, man sucht heute wesentlich andere Methoden zu verwenden, um der Krise der deutschen Landwirtschaft Herr zu werden. Ich verweise auf die Beistellung von billigem Kredit, den Ausbau der Kreditgenossenschaften, durch den man in Deutschland versuchen will, der Landwirtschaft billiges Betriebskapital zur Verfügung zu stellen, damit sie billigere Gesteungskosten für ihre Produkte erzielen kann. Ein Ausbau der Kreditgenossenschaften in Österreich wäre gewiß möglich, und es ist nur zu bedauern, daß die Versuche, die auf diesem Gebiete von der Landwirtschaft durchgeführt wurden, leider alle mit einem so außerordentlich schweren Debakel geendet haben. Wenn man von allem Anfang an an die Spitze der Kreditgenossenschaften Österreichs so wie in Deutschland ein staatliches Institut gestellt hätte anstatt der

Bauernbank, so wäre der österreichischen Landwirtschaft gewiß viel Geld erspart geblieben und sie wäre heute in der Lage, billigere Geldmittel für ihr Betriebskapital zur Verfügung gestellt zu erhalten.

Eine andere Methode, die man nun in Deutschland versucht, ist, eine größere Stabilität für den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte zu erzielen. Ich verweise da auf die Verhältnisse in Dänemark, ich verweise vor allem auf die Verhältnisse in der Schweiz. In der Schweiz dürfen heute die Landwirte ihre Milch nicht mehr jeder einzeln auf den Markt bringen, alle Milch muß den landwirtschaftlichen Molkereien zugeführt werden und diese versorgen die ganze industrielle Bevölkerung der Schweiz mit Milch und Molkereiprodukten. Sie sehen, dadurch gewinnt man einen stabilen Absatzmarkt, man ermöglicht es aber auch der Landwirtschaft, standardisierte Produkte zu erzeugen. Diese standardisierten Produkte können eben nur erzeugt werden, wenn man durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften den einzelnen Landwirten alle jene technischen Hilfsmittel an die Hand gibt, die eine Standardisierung der Produkte herbeiführen können.

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in Österreich zum Beispiel feststellen konnten, daß weit mehr als alle Hochschutzzollpolitik den österreichischen Landwirten, die Viehzucht betreiben, die Tatsache genützt hat, daß eine Verbilligung der Tarife, der Frachtspeisen auf den Eisenbahnlinien eingetreten ist, die das Vieh von Tirol und Vorarlberg auf den Wiener Markt führen. Solche innenpolitische Maßnahmen können natürlich für die Landwirtschaft von viel größerer Bedeutung sein als eine neuerliche Verteuerung der Lebenshaltung der industriellen Bevölkerung durch den Schutz Zoll.

Es ist bei den Auseinandersetzungen sowohl im Zollausschuß wie nun neuerlich im Ausschuß für Handel, der diesen Handelsvertrag durchberaten hat, erklärt worden, wenn der industrielle Markt durch eine Verteuerung der Lebenshaltung in den Städten kleiner wird, so wird auf der andern Seite der landwirtschaftliche Markt durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise erweitert. Meine Herren! Wir dürfen uns doch nicht darüber täuschen, ein großer Teil der österreichischen Landwirte bringt überhaupt das Getreide nicht auf den Markt. Ein großer Teil der österreichischen Landwirte hat nur so viel Getreide, als der Landwirt für seinen Familienbedarf notwendigerweise haben muß. Wir erinnern uns wohl daran, daß ein großer Teil der österreichischen Landwirte in der Zeit der Kriegswirtschaft schon im Februar und März Brotkarten bekommen mußte, weil ihre kleine Ernte nicht einmal dazu ausgereicht hat, um damit die eigenen Familienmitglieder bis zur nächsten Ernte durchzubringen. Wir sehen, ein großer Teil der Land-

wirte ist gar nicht imstande, durch eine Erhöhung der Getreidepreise eine Erhöhung des Einkommens zu erzielen. Es bleibt eine kleine Minderheit übrig, die von der Erhöhung der Getreidepreise Vorteile hat, weil sie Getreide auf den Markt bringt. Dieser kleine Teil wird natürlich niemals imstande sein, den Ausfall an industriellen Konsumgütern aufzunehmen, der in der städtischen Bevölkerung und vor allem in der Wiener Bevölkerung entstehen wird. Es ist durchaus nicht richtig, wenn von agrarischer Seite behauptet wird, daß wir imstande sein werden, den Ausfall an Konsumgütern im Industrievolk durch eine Steigerung des Bedarfs in den landwirtschaftlichen Kreisen wieder wettzumachen.

Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß ein großer Teil der österreichischen Landwirtschaft von der Viehzucht und nicht vom Getreidebau lebt. Gerade den viehzüchtenden Bauern aber wird durch die Erhöhung der Getreidepreise auch ein Teil der Futtermittel verteuert. Diese Verteuerung kündigt sich ja schon an, denn man will ja nicht nur die Zölle auf Getreide, sondern auch die auf Vieh und Fleisch erhöhen. Wenn man einen Rohstoff durch einen höheren Zollsatz verteuert, dann muß man natürlich auch die Fertigprodukte durch einen höheren Zollsatz dieser Teuerung anpassen. Wenn Sie den Eisenzoll erhöhen, so müssen Sie natürlich auch den Zoll auf Werkzeuge, Maschinen, Lokomotiven, Gußrohren usw. erhöhen. Wir haben es ja bei jeder Zolltarifnovelle feststellen können, daß immer eine ganze Reihe von Nachfolgeprodukten ebenfalls einen höheren Zollsatz erfordert hat, wenn man einen der Rohstoffe durch Zollerhöhungen verteuert hat. Es ist insofgebeffen nicht zu erwarten, daß dieser Zollsatz der österreichischen Landwirtschaft eine wirkliche Hilfe bieten wird. Wir können nur das eine mit Sicherheit annehmen, daß die industrielle Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung auf das schwerste bedroht wird.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat im Ausschuß für Handel erklärt, es sei nicht richtig, daß durch den Milch-, Butter- und Käsezoll eine Verteuerung dieser Produkte eingetreten sei. Das sei der beste Beweis dafür, es müsse eine Zollerhöhung nicht notwendigerweise auch eine Erhöhung der Preise mit sich bringen.

Wir möchten doch demgegenüber darauf hinweisen, daß es das Verdienst der Opposition gewesen ist, wenn infolge der Bindung des Milchzolls an bestimmte Kantelen, die eine Steigerung des Preises aus spekulativen Gründen verhindern, es zu einer Verteuerung nicht kommen konnte. Wenn aber die Milch billig bleibt, so bleiben natürlich auch die Folgeprodukte billig. Wenn der Milchzoll nicht dazu verwendet werden kann, eine Preissteigerung bei der Milch herbeizuführen, weil sonst durch die Kommission festgestellt würde, der Milchzoll muß einfach

aufgehoben werden, dann entfällt natürlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Verteuerung von Butter und Käse. Außerdem haben wir jetzt in Österreich — das werden die Landwirte gewiß bestätigen — eine wirkliche Milchschwemme. Wir haben in Wien sogar eine eigene Gesellschaft, die den Verbrauch von Milch fördern soll, weil die Milchlieferung viel größer ist als der Absatz, der erreicht werden kann. Es werden durch Filmvorträge und andere Propagandamittel fortwährend Aufrufe an die Bevölkerung gerichtet, mehr Milch zu konsumieren, damit die Milch, die erzeugt wird, einen Absatz finden kann. Ein Produkt, das in solchem Überfluß erzeugt wird, kann natürlich im Preise nicht verteuert werden. Selbst wenn wir einen noch höheren Milchzoll hätten, so wäre es bei der Milch ganz ausgeschlossen, eine Verteuerung herbeizuführen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat aber auch erklärt, man sehe ganz deutlich, daß auch der Zuckerzoll eine Verteuerung des Zuckers nicht herbeigeführt hat. Ich möchte doch darauf hinweisen, wir haben jetzt in der ganzen Welt eine sehr starke Überproduktion an Zucker. Wir erleben jetzt eine andere Entwicklung auf dem Zuckermarkt, als wir sie nach den großen Kriegen von 1813 erlebt haben. Nach 1813 wurde vom Rohrzucker zum Rübenzucker übergegangen. Es war ja eine der größten technischen Erfindungen der Kriege um 1813 und der Kontinental Sperre Napoleons, daß an die Stelle der Verwendung von Rohrzucker der Rübenzucker getreten ist. Nun erleben wir die umgekehrte Entwicklung. Wir haben ja schon gesehen, österreichische Bankinstitute haben in Irland Zuckerfabriken errichtet, um eben an dem neuen Aufschwung der Rohrzuckerproduktion ihren Anteil zu haben. Wenn also der Zucker trotz des Zuckerzolles billig geblieben ist, so spielen hier eben auch allgemeine produktionstechnische Ursachen eine Rolle, und es wäre natürlich ausgeschlossen, daß wir in Österreich mit dem Zuckerpreis in die Höhe gehen, wenn überall in der Welt der Zuckerpreis sinkt. Es sind demnach die Argumente, die der Herr Bundesminister für Landwirtschaft angeführt hat, durchaus nicht stichhaltig; es sind eben gerade Artikel, bei denen eine Preissteigerung durch eine Überproduktion in den letzten Jahren nicht möglich gewesen ist.

Wir haben nun im Ausschuß für Handel auch schon unseren Bedenken Ausdruck gegeben, daß bei dem Handelsverkehr mit Jugoslawien eine Höhe der Zölle für Vieh und Fleisch festgesetzt werden könnte, die auch diese Lebensmittel auf das empfindlichste verteuern würde, und wir möchten heute schon erklären, daß wir den jugoslawischen Handelsvertrag nur dann annehmen könnten, wenn eine Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zollbestimmungen dieses Handelsvertrages nicht erfolgt.

Der Herr Bundesminister für Handel und Verkehr hat im Ausschuß erklärt, die Schäden, die für unsere Industrie aus diesem Handelsvertrag entstehen könnten, seien sehr geringe. Er hat mitgeteilt, von den 203 Millionen Schilling, die unser Handelsverkehr mit Ungarn beträgt, werden nur 3 Millionen Schilling durch die Ermäßigung von Zöllen berührt, die wir den Ungarn zugestehen müssen. Wir glauben, daß wir bei dem beschränkten Handelsverkehr, den wir in Österreich aufbauen müssen, da wir doch ein Exportstaat sind, der größte Teil unserer Industrien nur von einer Entwicklung des Exports zu leben imstande ist, nicht einfach sagen können, 3 Millionen Schilling an Exportgütern sind eine sehr kleine und bescheidene Sache. Erstens ist es sicher, daß ein Teil unserer Industrie — ich möchte hier nur wieder auf die Konfektionsindustrie hinweisen — durch den Handelsvertrag auf das schwerste geschädigt wird. Wir haben uns der Mühe unterzogen, festzustellen, in welcher Weise sich der Gewichtszoll auswirken wird, der ja jetzt für Überzüge mit einem Gewicht bis zu 1 Kilogramm 60 Dekagramm anders ist als für Überzüge, die dieses Gewicht überschreiten. Wir haben festgestellt, gerade die minderwertigere, die dicke Ware wird auf das empfindlichste verteuert; denn die dickeren Bekleidungsstücke haben natürlich ein höheres Gewicht, und es werden gerade jene Massenartikel durch den Zoll auf das schwerste betroffen werden, die für unseren Export von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Wir können dem Herrn Handelsminister durchaus nicht zustimmen, wenn er die Zugeständnisse, die auf industriellem Gebiete gemacht worden sind, als klein und wenig ins Gewicht fallend bezeichnet. Er hat allerdings selbst eingestanden, daß diese Zugeständnisse nicht gern gemacht wurden. Aber wir haben von einer solchen platonischen Verbeugung nichts. Es wäre uns viel wertvoller erschienen, wenn der Herr Handelsminister diesen Zugeständnissen nicht zugestimmt und die Interessen der Industrie gegenüber den agrarischen Wünschen mit etwas größerer Energie vertreten hätte.

Wir haben allerdings in diesem neuen Handelsvertrag auch einige Zugeständnisse erhalten, die eine Einfuhr von bestimmten Produkten aus Ungarn nach Österreich begünstigen werden. Es ist eine merkwürdige Aufgabe des hohen Hauses, daß es fortwährend damit beschäftigt wird, gerade für jene Nahrungsmittel Erleichterungen herbeizuführen, die für den Massenkonsum nicht in Frage kommen. So haben wir vor einiger Zeit eine Verminderung der Schaumweinsteuer beschlossen, wir sollen jetzt einem Handelsvertrag zustimmen, der eine Verbilligung der Gansleberpastete herbeiführen wird, eine Verbilligung des Paprikas und des Geflügels. Man wird zunächst das Fleisch verteuern, die Kartoffeln

werden infolge der hohen Getreidepreise wahrscheinlich auch teurer werden, aber dafür wird der Paprika billiger sein. Man stellt sich wahrscheinlich vor, daß die österreichische Bevölkerung, wenn sie sich kein Gulasch mehr kochen kann, wenigstens Kartoffelgulasch essen wird. An diesen Zugeständnissen sehen Sie ganz deutlich, daß man sich weniger bemüht hat, die Gesamtinteressen der arbeitenden Bevölkerung in Österreich zu schützen, sondern es sich weit mehr darum gehandelt hat, andere kleine Vorteile nach Hause zu bringen, vor allem die Verteuerung von Mehl und Brot.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß immer wieder erklärt wird, die österreichische Industrie und die österreichische Volkswirtschaft leben zu einem großen Teil von einer Intensivierung unseres Fremdenverkehrs. Man macht alle möglichen Veranlassungen, man sendet Werbeprospekte in die ganze Welt, um die Ausländer zu veranlassen, nach Österreich zu reisen. Wir können nach Österreich den Verkehr der reichen Leute nur in sehr bescheidenem Maße lenken, weil dieser Verkehr ja schon seit Jahrzehnten sich nach ganz bestimmten Ländern richtet und sich dort konzentriert. Österreich hat viel mehr den kleinen Fremdenverkehr, den Fremdenverkehr der kleinen Beamten, den Fremdenverkehr der Lehrerin, der kleinen Bureauangestellten in das Land geführt. Für diese Menschen ist nun Österreich deshalb ein Reiseland geworden, weil eben in Österreich die Lebenshaltungskosten niedriger sind als in den anderen Staaten, die für den Reisenden in Frage kommen. Wenn wir nun durch unsere agrarische Hochschutzzollpolitik, durch die Auserkennung der Hochschutzzollpolitik des Reichsritters von Hohenblum, die Lebenshaltung der österreichischen Bevölkerung verteuern, so verteuern wir auch dem Fremden den Aufenthalt in Österreich. Er wird mehr für seinen täglichen Bedarf in Österreich ausgeben müssen und wird infolgedessen weniger Industriegegenstände in Österreich kaufen. Es wird der unsichtbare Export, der in unserer Handelsbilanz zwar von den verschiedenen Nationalökonomien verschieden eingeschätzt wird, der aber gewiß für eine Reihe von Industrien eine große Rolle spielt — ich möchte darauf hinweisen, daß unsere ganze Luxuslederindustrie zu einem Großteil von diesem unsichtbaren Export lebt —, sehr schwer beeinträchtigt, wenn die Lebenshaltungskosten für den Fremden in Österreich steigen. Wir können auch hier nicht erwarten, der Zollschutz werde eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Beziehungen bringen. Wir müssen deshalb den Handelsvertrag mit Ungarn ablehnen.

Wir wollen aber noch ein letztes Mittel versuchen. Wir haben ja bereits im Ausschuß zwei Anträge eingebracht, die wir nun auch dem hohen Hause unterbreiten. Der eine Antrag, der als Minderheitsentschließung

nun dem hohen Hause vorgelegt wird, fordert die Regierung auf, das Inkrafttreten des Getreidezolles von zwei Goldkronen zu verhindern. Wir wollen ein letztes Mal an die Industrievertreter, an die Vertreter des Industrievolkes und der Städte, die unter den Mehrheitsparteien zu finden sind, appellieren und Ihnen Gelegenheit geben, für die billige Lebenshaltung ihrer Wähler einzutreten.

Wir haben aber noch einen zweiten Antrag gestellt, von dem der Herr Abg. Pistor im Ausschuß erklärt hat, daß dieser Antrag ihm außerordentlich sympathisch ist. Ich hoffe, dieser Antrag wird nicht nur Sympathie im hohen Hause, sondern auch die Zustimmung eines Teiles der Abgeordneten des hohen Hauses finden. Wir hören immer wieder in der Presse, in Versammlungen, in den Reden der verschiedenen Vertreter der bürgerlichen Parteien, wir brauchen dringend eine Reform unserer Steuergesetzgebung; wir hören, daß wir Steuerermäßigungen brauchen, und der Herr Bundeskanzler hat neulich in einer seiner Reden bedauert, daß die Finanzlage des Staates es noch nicht gestattet, mit jenem Maß an Steuerermäßigungen vorzugehen, das notwendig wäre, um unsere wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Wir glauben, wenn man von der Herabsetzung einer Steuer spricht, dann muß man zuerst an eine Herabsetzung der Steuern auf die wichtigsten Lebensmittel denken, die in anderen Staaten schon vorweggenommen wurde. Ich möchte darauf hinweisen, daß sofort, als sich die Finanzlage des Deutschen Reiches besserte, die Warenumsatzsteuer in Deutschland von 2½ auf 1 Prozent, also um 1½ Prozent herabgesetzt wurde. In Frankreich wurden Mehl und Brot von der Warenumsatzsteuer befreit. Auch in der Tschechoslowakei ist eine Erleichterung der Warenumsatzsteuer für die wichtigsten Lebensmittel eingetreten. Wir hoffen, daß das Beispiel aller Staaten, die die Warenumsatzsteuer eingeführt haben, auch die Nachahmung des österreichischen Parlaments finden wird und daß alle Abgeordneten, die agrarischen wie die städtischen Abgeordneten der Mehrheit, mit uns eines Sinnes sind, der Herr Finanzminister, der eine so große Reserve in seinen Kassen hat und dem für seine sparsame und auf Rücklagen bedachte Verwaltung soviel Beifall von den Mehrheitsparteien gespendet wurde, kann einen Teil dieser Reserven, die der Staat aufgesammelt hat, nicht besser verwenden kann als zur Erleichterung der Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung. Den Arbeitslosen, den Kriegervitwen, den Invaliden, der ganzen großen Zahl von Menschen, die von einer bescheidenen Rente leben, können Sie helfen. Wir fordern Sie auf, für diese zwei Minderheitsanträge zu stimmen, und wir hoffen, daß es dann möglich sein wird, die schweren Schäden abzuwehren, die der Lebenshaltung der österreichischen Bevölkerung drohen. Lehnen Sie diese Anträge ab, dann werden Sie nur beweisen,

Sie haben kein Interesse, den ärmsten Schichten der österreichischen Bevölkerung zu helfen, dann werden Sie nur wieder zeigen, Sie sind nur bereit, den Besitzenden jene Erleichterungen zu schaffen, die die besitzenden Klassen wünschen, Sie sind aber nicht bereit, mit der Opposition dafür zu arbeiten, die breiten Massen des österreichischen Volkes endlich aus den Zeiten der Krise und der Not zu befreien, damit wir endlich weniger Elend in Österreich finden.

Wir erwarten, die Mehrheitsparteien werden in letzter Stunde für unsere Minderheitsanträge stimmen. Die Abstimmung wird die Bevölkerung darüber aufklären, wer im österreichischen Parlament die Interessen der breiten Massen schützt. *(Lebhafter Beifall.)*

Fahrner: Hohes Haus! Schon bei der Beratung der III. Zolltarifnovelle im Zollausschuß sowie im Hause selbst haben die Parteien in erschöpfender Weise ihren Standpunkt zu dem heute in Beratung stehenden Gegenstand geäußert. Es hat sich in der Zwischenzeit an Argumenten für und wider nicht viel geändert. Von seiten der Zollgegner, der Opposition dieses hohen Hauses, wird immer wieder darauf verwiesen, daß Zölle der Landwirtschaft nichts helfen, daß Getreidezölle den Bauern keinen Vorteil bringen. Es wird darauf hingewiesen, daß 80 Prozent unserer Bauern schon deshalb aus den Zöllen keine Vorteile ziehen können, weil sie ja nicht so viel produzieren, als sie selbst das ganze Jahr verbrauchen. Schließlich wird auch darauf verwiesen, daß durch Zölle eine gewisse Teuerung der Lebensmittel hervorgerufen wird, die sich dann auf unsere Industrieartikel auswirkt, wodurch unsere Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßt, was schließlich zu erhöhter Arbeitslosigkeit führt.

Was nun das erste Argument anbelangt, so hat Herr Dr. Otto Bauer in seiner Rede bei der ersten Lesung dieser Vorlage ausgeführt und sich dabei auf einen Fachmann berufen, der erklärt, daß Getreidezölle der Landwirtschaft nicht helfen können; sie verteuern das Getreide, der Landwirt wird durch die Verteuern des Getreides mehr oder weniger zum Verkauf desselben angereizt und verfüttert das Getreide nicht. Nun, ich meine, es ist auch gar nicht Aufgabe unserer Landwirtschaft, Brotgetreide zu verfüttern. Es wird kein Bauer Weizen oder Roggen deswegen bauen, damit er sein Vieh füttern kann. Das geschieht vielleicht im Gebirge, dort, wo die Bauern 15, 20 oder 30 Kilometer von einer Bahnhaltstelle entfernt sind, so daß der Transport von der Verkaufsstelle bis zu seiner Wirtschaft weit ist. Sonst aber in normalen Zeiten und normaler Weise wird der Bauer das überschüssige Brotgetreide verkaufen und wird sich dann Kraftfuttermittel kaufen. Da kommt in erster Linie Mais in

Betracht, der als Futtermittel weit höher zu bewerten ist als Weizen oder Roggen. Man könnte ebenfölgut sagen: Durch Verteuern des Getreides, durch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Getreide ist den Bauern die Möglichkeit gegeben, mehr Mais und Futterartikel zu kaufen. Diese Argumentation stimmt also nicht recht, daß der Bauer, wenn die Getreidepreise erhöht werden, eigentlich einen Nachteil daraus hat. Nun kann ich mir ganz gut vorstellen, daß der ungarische Großgrundbesitz mit derartigen Äußerungen, Meinungen und Gutachten sehr einverstanden ist; ich kann mir auch denken, daß ein amerikanischer Getreidekönig mit derartigen Feststellungen einverstanden ist. Allen Ländern übrigens, die mehr Getreide produzieren, als sie im Lande konsumieren, sind derartige Meinungen und Äußerungen selbstverständlich sehr willkommen, weil sie ja mit ihrem Überschuß an Edelgetreide und auch an Futtergetreide, den sie im eigenen Lande nicht verbrauchen können, den Weg nach dem Ausland suchen müssen. Je mehr Länder es gibt, wo kein Getreidezoll ist, desto eher kommen sie dann hinein.

Ich meine, wir haben uns bei der Beratung dieser Angelegenheit nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß wir ein Exportland in Getreide sind, sondern wir müssen die Verhältnisse so nehmen, wie sie bei uns in Österreich liegen. Nun, wie sind die Verhältnisse bei uns? Wir sind ein Land, in dem 60 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft, von landwirtschaftlichen Arbeiten und Produkten leben. Man muß sich nun über die Frage klar werden: Wollen wir diese 60 Prozent der Bevölkerung schützen, wollen wir ihnen ein Einkommen verschaffen, mit dem sie ihr Leben fortfristen können oder nicht? Ich meine, diese Frage wird wohl niemand in diesem hohen Hause verneinen wollen. Andererseits müssen wir darauf hinweisen, daß gerade jene Länder, die mit unserer Landwirtschaft konkurrieren, die Getreide nach Österreich liefern wollen, unter weit besseren und günstigeren Verhältnissen produzieren. Ich verweise da auf Ungarn. Die ungarischen Böden haben — wenn wir von einigen kleinen Teilen bei uns im Marchfeld absehen — fast einen doppelt so großen Hektarertrag wie unsere Böden in Österreich aufzuweisen. Die ungarischen Böden sind auch viel leichter zu bearbeiten, sie brauchen nicht so intensiv bearbeitet werden. Man braucht bloß über die Grenze nach Ungarn hinüberzuschauen: man sieht da sehr häufig, daß ein Pferd einen drei-, vierscharigen Pflug zieht. Die Böden unserer Landwirtschaft dagegen sind derart gestaltet, daß man ein paar schwere Pferde braucht, um einen einscharigen Pflug weiterzubringen. Man sieht schon aus diesem kleinen Beispiel, daß unsere Böden weit schwieriger und teurer zu bearbeiten sind. Der ungarische Boden

braucht auch infolge seiner Güte, seiner hohen Qualität nicht so viel Kunstdünger. Schließlich muß ich darauf verweisen, daß der ungarische Landwirt weit weniger Steuer zahlt und daß er viele soziale Lasten, die unsere Landwirtschaft zu tragen hat, nicht kennt.

Nun das zweite Argument: Es wurde uns immer und immer wieder von seiten der Opposition vorgerechnet, daß fast 80 Prozent unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung sich nicht selbst versorgen können. Das ist eine Rechnung, die der Herr Kollege Müller immer aufstellt. Ich meine, das ist ja ein furchtbarer Irrtum, Herr Kollege! Sie müssen davon den 80 Prozent eine Null abstreichen und dann müssen Sie noch 50 Prozent wegrechnen, dann werden Sie beiläufig auf die richtige Zahl kommen. Natürlich, wenn Sie jeden Schrebergartenbesitzer einrechnen, wenn Sie jeden, der in einem Gartengeschirr einige Pflanzen baut, dazurechnen, dann werden Sie vielleicht auf diese 80 Prozent kommen. Ich meine aber, vom Standpunkte der Interessen dieser Kleinproduzenten aus — wenn ich sie so nennen darf —, die ja eigentlich keine landwirtschaftlichen Betriebe darstellen — zum großen Teil handelt es sich um in Industriebetrieben Arbeitende, Eisenbahnangestellte u. dgl., die nebst ihrem ständigen, ihrem eigentlichen Gewerbe ein halbes, ein viertel oder ein ganzes Joch Grund haben —, vom Gesichtspunkte dieser Produktionsverhältnisse läßt sich doch die landwirtschaftliche Frage in Österreich nicht lösen.

Es wurde auch erwähnt, daß durch die Erhöhung oder Einführung der Zölle eine wesentliche Teuerung in unserer Lebenshaltung hervorgerufen wird. Nun wir haben schon in den Zollverhandlungen darauf hingewiesen, daß sich im strengsten Falle durch die vorgeschlagenen Zölle eine Preissteigerung von 7 bis 8 g bei Mehl und Brot ergeben könnte. Nun steht es aber gar nicht fest, wer diese 7 und 8 g trägt, ob sie der österreichische Konsument oder der ausländische Lieferant, der das Getreide nach Österreich liefert, trägt. Wir sehen, daß zum Beispiel die Zollerhöhung bei Milch gar keine Auswirkung auf den Preis zur Folge gehabt hat. Die Zölle — das ist eine alte, bekannte Tatsache — wirken sich nicht immer nachteilig für den Konsumenten aus. Da könnten mehrere Beispiele angeführt werden, die gerade das Gegenteil beweisen. Aber eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht zweifellos fest: daß es, wie die Verhältnisse heute in der Landwirtschaft liegen, nicht weitergehen kann, und zwar nicht deswegen, weil wir die Landwirtschaft nicht untergehen lassen können oder wollen, sondern weil wir die Auswirkung einer so schutzlosen Zeit, wie sie seit dem Jahre 1925 in der Landwirtschaft für uns besteht, auch vom in-

dustriellen, gewerblichen und Handelsstandpunkt aus nicht ertragen. Es ist erfreulicherweise festzustellen, daß sich unsere Handelsbilanz etwas verbessert hat. Das ist darauf zurückzuführen, daß unsere Exportindustrie etwas besser beschäftigt ist. Aber übersehen wir auch nicht, meine Damen und Herren, die Tatsache, daß gerade unsere Klein- und Mittelindustrie, daß Gewerbe und Handel fürchterlich unter der gegenwärtigen Situation leiden. Wir lesen in den Zeitungen von den zahlreichen Ausgleichen. Aber auch das ist noch immer nicht das richtige Bild. Ein großer Teil unserer Klein- und Mittelindustrie, des Handels und des Gewerbes lebt heute nicht mehr vom Ertrag des Geschäftes, sondern vom Betriebskapital, teilweise werden auch Hypotheken aufgenommen, und man rechnet damit, daß die Verhältnisse doch besser werden, und man will sich damit über die schwierige Zeit hinweghelfen.

Wenn man nach den Ursachen forscht, warum sich gerade dieser für den Staat so eminent wichtige Stand in einer derart schlechten wirtschaftlichen Lage befindet, so kommt man zu dem Resultat, daß unser Inlandkonsum in erschreckender Weise zurückgegangen ist. Es kann darüber keine geteilte Meinung geben, daß die Belebung des Inlandkonsums nur von der Landwirtschaft ausgehen kann. Der Bauer ist derjenige, der jedes Gewerbe und die Industrie beschäftigen kann. Seit der Kriegszeit hat sich so manches geändert. Wir haben in vielen Gegenden vor dem Kriege Konfektionsware nicht gekannt. Man hat selbst Hanf gebaut und die Leinwand selbst gewoben, man hat selbst die Schafe geschoren, Wolle erzeugt und sich Schafwollstrümpfe und Leibchen gestrickt. Das ist heute vorüber. Unsere landwirtschaftliche Bevölkerung stellt heute gerade an die Textilindustrie große Ansprüche und würde für die Industrie ein noch besserer Absatz sein, wenn man ihr die notwendigen Einnahmen verschaffen würde. Wir haben in Österreich kein anderes Mittel; denn mit Subventionen und Krediten kann unserer Landwirtschaft nicht geholfen werden. In erster Linie muß sich das Produzieren rentieren, das ist die Grundlage jeder Arbeit. Wenn diese nicht gegeben ist, so muß damit gerechnet werden, daß die Produktion zurückgeht. Wenn man also unserer Landwirtschaft die Gelegenheit gibt, mehr zu verdienen, dann ist von ihr sicherlich eine Belebung unserer Industrie zu erwarten. Nun wir das nicht, dann müssen wir damit rechnen, daß der Staat in den nächsten Jahren ganz gewaltige Ausfälle an Steuern haben wird, die die mittlere und kleine Industrie und das Gewerbe nicht mehr leisten können. Dann wird die Frage auftreten, wer dieses Manko übernehmen soll. Der Staat könnte dann nur unsere Exportindustrie damit belasten. Damit würden wir aber unsere Exportindustrie erschlagen. Es ist daher vollkommen richtig, wenn man sagt, unsere Land-

wirtschaft ist in der Lage, die gesamte Industrie, den Handel und das Gewerbe zu beleben.

Sicher ist, hohes Haus, daß bei diesem Abkommen unsere Mühlenindustrie schlecht abschneidet. Ich möchte da an den Herrn Finanzminister den Appell richten, sich gegen die gerechten Forderungen der Mühlenindustrie, die ihm hinlänglich bekannt sind, nicht auf die Dauer zu verschließen. Die Mühlenindustrie hängt mit der Landwirtschaft innig zusammen, und daß es ihr schlecht geht, darüber brauche ich in diesem hohen Hause auch kein Wort zu verlieren. Wir sehen, daß die Besserstellung, die die Mühlenindustrie durch dieses Übereinkommen hätte erwarten können, dadurch wettgemacht wird, daß die ungarische Regierung ihren Mühlen Nachlässe von der Warenumsatzsteuer, Refaktien und andere Steuererleichterungen gegeben hat. Ich möchte daher nochmals an den Herrn Finanzminister den dringenden Appell richten, der Sache näherzugehen und die gerechten Forderungen der Mühlenindustrie zu berücksichtigen.

Zum Schlusse, hohes Haus, möchte ich noch auf einige Äußerungen zurückkommen, die Herr Dr. Otto Bauer am Schlusse seiner Rede bei der ersten Lesung dieses Gegenstandes gemacht hat. Er sagte, zur Mehrheit gewendet: Denken Sie an die zehntausende Menschen, die mit der Arbeitslosenunterstützung ihr Leben fristen müssen, denken Sie an die hungernden Arbeiter und an ihre Kinder, denken Sie daran, wie die Wangen dieser Kinder immer bleicher werden! Gewiß, wir werden diesen traurigen Verhältnissen die gebührende Achtung nicht versagen; aber, meine Herren, denken auch Sie daran: Es gibt mehr als zehntausend Bauern, die heute trotz 14- und 16stündiger Schwerarbeit ein kleineres Einkommen haben als die Arbeitslosen. Und denken auch Sie daran, meine Damen und Herren, daß es Hunderte von Fällen gibt, wo der Bauer seinem kranken Kinde und seiner kranken Frau die ärztliche Hilfe nicht verschaffen kann, weil ihm die Einnahmen und der Kredit fehlen. Denken Sie daran, daß infolge dieser Verhältnisse so manches Kind und manche Frau und mancher Landwirt zu Grabe getragen wurde. Und wenn Sie daran denken, wird es Ihnen nicht so schwer fallen, auch den Standpunkt der Mehrheitsparteien in dieser Frage zu akzeptieren. *(Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Pittor: Hohes Haus! Es wird von seiten der Opposition der ungarische Handelsvertrag nicht nur für die Konsumenten, sondern auch für die Landwirtschaft als schädlich erklärt. Ich habe schon das letztemal meinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß einige Positionen, wie Geflügel, Kirscheln, Weichseln usw., eine Verminderung des Zollsazes erfahren haben,

und wir müssen das auf das lebhafteste bedauern, weil die dritte Zolltarifnovelle ja geschaffen worden ist, damit die agrarischen Zollpositionen auch verhältnismäßig erhöht werden und nicht eine Herabsetzung erfahren. Es ist jedenfalls auch zu bedauern, daß durch das neue Zusatzabkommen uns die Möglichkeit genommen worden ist, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen eine einmonatige Kündigung vorzunehmen, wie dies im bisherigen Handelsvertrage festgelegt war.

Wenn man aber sagt, daß der Handelsvertrag als Ganzes für die Landwirtschaft schädlich ist, dann versteht man entweder die Landwirtschaft nicht oder man will sie nicht verstehen. *(So ist es.)* Ich habe im Handelsausschuß Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß sich die Vertreter der Opposition mit der Kritik dieses Handelsvertrages eigentlich ziemlich schwer getan haben, und ich möchte einige Widersprüche, die sich in diesen Äußerungen gefunden haben, nicht unerwähnt lassen.

Scheinbar deshalb, weil der Herr Bundeskanzler das letztemal hier erklärt hat, daß er in Sachen der Landwirtschaft größeres Gewicht auf die Äußerungen der Bauern legt als auf jene von Gelehrten, hat sich in der Debatte ein Bauer von der Opposition gemeldet, der den ungarischen Handelsvertrag mit einer recht merkwürdigen Argumentation bekämpft hat. Er meinte, daß durch die Erhöhung der Getreidezölle nunmehr das schreckliche Unglück hereinbrechen wird, daß sich unsere Landwirte ausschließlich dem Getreidebau widmen werden. Wenn die Wirkung erzielt wird, hohes Haus, daß durch die Schaffung eines höheren Getreidezolls sich ein großer Teil unserer Landwirte intensiver mit dem Getreidebau befassen wird, dann haben wir das erreicht, was wir mit dem Vertrage erreichen wollten. Wir müssen es begrüßen, wenn der Getreidebau bei uns forciert wird, weil wir speziell im Brotgetreide noch sehr passiv sind. Wir müssen zum Unterschied von Milch noch verhältnismäßig große Mengen von Getreide einführen. Wir sind also lebhaft daran interessiert, daß der Getreidebau bei uns vorwärtsschreitet, und das ist ja eigentlich ein Zweck des Vertrages, daß durch den erhöhten Zollschutz der Getreidebau so rentabel wird, daß er eben intensiver ausgestaltet wird. Wenn man aber fürchtet, daß dadurch die Produktion von Milch und Fleisch zurückgehen wird, so muß ich sagen: Wer die Struktur unseres Bundesgebietes kennt, muß wissen, daß wir einen sehr großen Teil von Gebieten haben, wo der Ackerbau niemals rentabel sein kann. Es besteht also absolut kein Grund zur Befürchtung, daß aus dieser Ursache, weil nunmehr mehr Getreide gebaut wird, die Milchwirtschaft oder die Viehzucht eine Vernachlässigung erfahren wird. Auf den steilen Berglehnen unserer Alpenländer erscheint es mir

gänzlich unmöglich, daß eine konkurrenzfähige Getreidewirtschaft jemals wird betrieben werden können.

Wenn weiters betont worden ist, daß lediglich das Fleisch ein Edelprodukt der Landwirtschaft ist, während Milch, Eier, Butter und Käse keine Edelprodukte seien, muß ich sagen, auf dieses Gebiet kann ich dem Herrn von der Opposition nicht folgen, denn es ist mir etwas Neues, daß Butter und Käse Industrieerzeugnisse sind, wie sie der betreffende Abgeordnete bezeichnet hat.

Es ist weiters von der Opposition scharf bekämpft worden, daß durch die Erhöhung der Getreidezölle die Kleie, die Futtermittel nicht nur nicht billiger, sondern noch teurer werden. Es wurde gleichzeitig betont, daß die Kleie ein ganz ausgezeichnetes Milchfutter ist. Nun, ich muß offen sagen, daß bei dem jetzigen Preise die Kleie als Futtermittel jedenfalls in keinem Verhältnis zum Mais steht. Ich möchte aber auch bemerken, daß, wenn eine Erhöhung der Weizenpreise durch die Erhöhung des Getreidezolles eintreten soll, sicherlich nicht eine Erhöhung der Kleie und auch nicht eine Erhöhung von Futtermehl eintreten muß. Es ist eben auch hier wieder der Fall, daß sich die theoretischen Auseinandersetzungen mit der Praxis nicht immer auf einer Linie befinden.

Ich möchte hier einige Ziffern bekanntgeben. Der inländische Weizenpreis betrug im Juni 1926 47'50, der ausländische, der ungarische, 48'75. Neuer im Juni ist der inländische Weizenpreis 42'875 und der ausländische 45'875. Sie ergeben daraus, daß der inländische Weizenpreis heute um mehr als 4'5 S billiger ist, als er im Juni 1926 war. Und trotzdem im Juni 1926 der Weizen um 4'5 S teurer war als jetzt, war die Kleie im Juni 1926 um 10'5 S billiger, als sie jetzt ist. Es ist also trotz des höheren Weizenpreises die Kleie billiger gewesen, als sie derzeit ist. Genau dasselbe ist bei allen Brot- und Futtermehlen der Fall. Das Mehl Nr. 7½ kostete im Juni 1926, wo der Weizen teurer war, 24'75, und jetzt, wo der Weizen billiger ist, kostet das Futtermehl 34'25. Warum? Weil im Jahre 1926 die Mühlen eine bedeutend bessere Beschäftigung hatten und infolgedessen ein größeres Angebot von Futtermehl und Kleie vorhanden war. Deswegen waren diese Produkte damals billiger. Wir erwarten, daß durch die Beschäftigung unserer Mühlen auch wieder ein Zustand eintritt, daß das Futtermehl und die Kleie sich wieder im Preise senken werden.

Es wird weiters in der Argumentation der Sozialdemokraten angeführt, daß die Produzenten von einem höheren Getreidepreis nichts haben werden, und zwar deshalb, weil die kleinen Bauern ihr Getreide nicht dem Händler verkaufen, sondern dieses Getreide für ihre Schulden an den Kaufmann, an den Handwerker usw. abtreten.

Es kann ja in vereinzelten Fällen vorkommen, daß das Getreide als Schuld abgestattet wird, aber das ist jedenfalls nur ein vereinzelter Fall, und wenn es geschieht, dann wird immerhin der Bauer, wenn die Marktnotierung eine höhere ist, auch für sein Getreide in diesem Fall einen höheren Preis erzielen. Es ist doch ganz unmöglich, daß bei höherer Marktnotierung der Bauer einen geringeren Preis erzielt als bei niedrigerer Marktnotierung.

Es wird auch von Seiten der Opposition der Sorge wegen der Arbeitslosigkeit Ausdruck gegeben, und zwar meint man, daß speziell die Kinder und die Verwandten der Bauern in eine erhöhte Arbeitslosigkeit versetzt werden. Nun, wenn einerseits der eine Abgeordnete der Opposition sagt, durch die erhöhten Getreidezölle wird bei uns in Österreich mehr Getreide gebaut werden, und es auf der anderen Seite heißt, es wird durch die erhöhten Getreidezölle die Arbeitslosigkeit bei den Bauern vergrößert, so muß man wohl offen sagen, daß man das nicht verstehen kann. Denn Getreidebau bedeutet doch Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes, und je intensiver ich die Landwirtschaft betreibe, desto mehr Arbeiter können bei der Landwirtschaft beschäftigt werden. Wenn also ein intensiver Getreidebau eintritt, so wird eben auch ein größerer Bedarf an Arbeitskräften sein, und es wird genau das Gegenteil von dem geschehen, was die Opposition zum Teil voraussetzt.

Es ist auch heute hier im hohen Hause wieder erwähnt worden, daß durch den erhöhten Getreidezoll die Lebenshaltung der Städte eine Verteuerung erfahren wird. Es wird gesagt, daß die Lohnkämpfe wieder werden einsetzen müssen. Auf der anderen Seite hat man uns erklärt, daß der Mehlszoll den österreichischen Mühlen gar nichts nützen wird aus dem einfachen Grunde, weil die ungarische Regierung ein Dumping machen wird, indem sie ihren Mühlen eine Rückvergütung gibt, und die ungarischen Mühlen eben trotz des hohen Zolles zu genau demselben Preise wieder nach Österreich liefern werden, wie sie es bisher getan haben. Nun, wenn es wahr ist, daß die ungarische Regierung das Dumping machen wird, daß das Mehl zu einem genau so billigen Preise wieder hereinkommen wird und unsere Mühlen nichts haben werden, dann wird eben keine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten. Aber daß beides eintreten wird, werden Sie nicht beweisen können, eine Verteuerung der Lebenshaltung und auf der anderen Seite, daß das Mehl genau so billig sein wird wie bisher.

Es wurde uns auch erklärt, daß die bäuerliche Bevölkerung niemals zufriedenzustellen sei, auch wenn es ihr noch so gut geht. Ich muß dies als eine Provokation erklären. Es gibt keinen bescheideneren Stand im Staate, als es der Landwirt ist. (So ist es!) Und wenn die städtische Bevölkerung so schwer

arbeiten und so wenig Nutzen haben würde wie die Landwirte, dann würden wir ganz andere Kämpfe in unserem Staate erleben. Es ist unerhört, wenn man sagt, daß die Landwirtschaft nicht zufriedenzustellen sei, während es der Landwirtschaft heute so schlecht geht, daß sie trotz der größten und schwersten Arbeit nicht einmal das Auskommen auf ihrer eigenen Scholle finden kann.

Im übrigen wurde diese Bemerkung gleich durch die Opposition selbst geschlagen. Es heißt, daß durch die Vertenerung, die die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung erfahren wird, ein Rückgang im Konsum bei der städtischen Bevölkerung in anderen Artikeln eintreten wird. Es wird da unter anderem gesagt, daß die ganze Konfektion auf die städtische Bevölkerung eingerichtet sei. Ja, ich frage Sie, warum ist denn die ganze Konfektion auf die städtische Bevölkerung eingerichtet? Weil eben die landwirtschaftliche Bevölkerung sich nichts mehr kaufen kann, weil es ihr schon so schlecht geht, daß sie den Anzug drei, vier, fünf Jahre tragen muß. Geben Sie ihr bessere Lebensbedingungen, dann wird sie imstande sein, auch die Konfektionsindustrie zu beschäftigen. Es wird der Landwirt auch gern öfter neue Kleider tragen und neue und ganze Schuhe anziehen, wenn man ihm die Möglichkeit dazu gibt.

Wir müssen endlich aus der wirtschaftlichen Lage unseres Staates die richtige Schlussfolgerung ziehen. Ich möchte hier an eine Bemerkung des Herrn Abg. Dr. Bauer auf dem Gewerkschaftskongreß anknüpfen. Er hat dort gemeint, wir haben sieben Achtel an Absatzgebiet für unseren Export verloren und es ist ausgeschlossen, daß wir zufolge der hohen Zölle, mit denen sich die Nachbarstaaten umgeben haben, diese Absatzgebiete wieder erobern. Er hat also selbst zugegeben, daß es unmöglich ist, unseren Export zu heben, weil die Zölle der Nachbarstaaten zu hoch sind. Wenn man dies einmal einsieht, muß man daraus die Lehre ziehen, daß unsere Industrie und unser Gewerbe nur dann zu einer besseren Beschäftigung kommen können, wenn wir eben dort unseren Absatz besser machen, wo dies einzig möglich ist, und das ist im Inlande, bei der Landwirtschaft.

Er hat weiter interessanterweise auf dem Gewerkschaftskongreß festgestellt, daß jene Arbeiter, die in Industrien arbeiten, die das Inland versorgen, bedeutend bessere Löhne erhalten als jene Arbeiter, die in Industrien arbeiten, die für den Export tätig sind. Das ist ein klarer Beweis, wie sehr der Arbeiter daran interessiert ist, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung so kaufkräftig wird, daß sie unsere Industrien und unser Gewerbe wieder beschäftigen kann.

Wenn weiter auf diesem Kongreß gesagt wurde, daß man zugeben müsse, daß die Landwirtschaft Schritt für Schritt ihre Produktion gesteigert hat, daß aber diese Produktionssteigerung durch Preis-

schwankungen unterbrochen werden kann, so wird damit eigentlich nichts anderes gesagt, als was wir ständig betonen. Wir wollen eben durch einen ordentlichen Zollschutz diese Preisschwankungen von unserer Landwirtschaft fernhalten. Denn woher kommen denn diese Preisschwankungen? Nehmen wir jetzt die Katastrophe auf dem Schweinemarkt. Wodurch ist sie eingetreten? Der polnische Schweineexport hat sich nach England interessiert, er hat auf den deutschen Markt geliefert. Er wurde aber sowohl von England wie von Deutschland abgelehnt, und es ist den Polen nichts übriggeblieben, als durch das offene Tor in das ungeschützte Österreich ihren ganzen Überschuss an Schweinen hereinzuliefern. So sind wir das Opfer der Abschnürungen von England und Deutschland geworden. Wenn wir weiterhin ruhig zusehen, wie sich die anderen Staaten schützen und wir nicht, dann verdienen wir nichts anderes, als daß wir zugrunde gehen. Das ist es ja eben, was wir verlangen, daß man mit unserer Praxis, die uns nicht den nötigen Schutz gibt, endlich Schluss mache.

Wenn hier betont wurde, daß in Deutschland trotz des hohen Zollschutzes auch eine Krise in der Landwirtschaft hereingebrochen ist, so darf ich nicht unerwähnt lassen, daß die Krise in der deutschen Landwirtschaft auf andere Ursachen zurückzuführen ist. Erstens ist in Deutschland die Aufwertung der Hypotheken eingetreten. Zweitens hat die deutsche Landwirtschaft außerordentlich große Investitionen gemacht, mit Zuhilfenahme von Nachinflationsgeld durch kurzfristige Kredite. Durch diese großen Investitionen ist sie außerordentlich intensiv und produktiv geworden. Dadurch ist plötzlich eine Überschwemmung des Marktes in den landwirtschaftlichen Produkten eingetreten. Außerdem sind die Kredite zur Rückzahlung reif, es müssen hohe Zinsen gezahlt werden. Darauf ist in erster Linie die Krise in der deutschen Landwirtschaft zurückzuführen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch etwas über unsere Handels- und Zollpolitik sprechen, soweit sie das Obst betrifft. Wir haben eine kleine Ermäßigung des Obstzolles im ungarischen Handelsvertrag erreicht. Wir müssen, nachdem wir ein Land sind, das sich in der Obstproduktion außerordentlich stark vorwärtsbewegt, etwas unternehmen, um auch den Export in unserem Lande zu fördern. Es wurden nun Verhandlungen mit der Bundesbahn eingeleitet. Hören wir nun, was diese Verhandlungen für ein Ergebnis gehabt haben. Dabei möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, daß man in Friedenszeiten den Export des Obstes in Österreich-Ungarn bedeutend besser gefördert hat, als man es heute tut. Im Jahre 1914 war bei einer Mindestfracht von 10.000 Kilogramm unverpackt ein Frachttarif von 240 h, das sind 346 g. Heute sind es 375 g, also eine Erhöhung von

zirka 8 Prozent, die noch hinzunehmen wäre. Beim Export von Obst bestand aber in Friedenszeiten ein Nachlaß von 27 Prozent. Heute haben wir gar keinen Nachlaß beim Export. Wir gehen daran, endlich mit der deutschen Regierung Verhandlungen zu führen, damit sie uns dieselben Tarifbegünstigungen gewährt, welche sie dem italienischen Obst gewährt. Es ist gewiß unglaublich, wenn uns von den Deutschen damals gesagt worden ist, daß, wenn wir nicht dieselben Begünstigungen haben, wie sie die Italiener besitzen, nämlich 30 Prozent, wir Österreicher selber daran schuld sind, weil wir sie noch nie verlangt haben. Es ist dies gewiß eine schwere Unterlassung bisher gewesen. Wenn man aber nunmehr darangeht, diese Unterlassung gutzumachen, so müßte man doch auch gleichzeitig meinen, daß die österreichischen Bundesbahnen den einheimischen Obstproduzenten beim Export zumindest dasselbe Entgegenkommen beweisen werden, das man vom Auslande fordert. Wie steht es aber damit? Die Verhandlungen in Graz haben diesbezüglich folgendes Ergebnis gehabt: Wenn die steirischen Obstbauern oder die Händler mindestens 3000 Waggons exportieren, dann bekommen sie 12 Prozent Nachlaß; wenn sie mindestens 1000 Waggons nach Wien exportieren, dann bekommen sie 5 Prozent Nachlaß; exportieren sie diese Mengen nicht, bekommen sie keinen Nachlaß. Ich frage Sie, hohes Haus: Was wird da eintreten? Nachdem man im vorhinein nicht weiß, ob die nötigen Mengen aufgebracht werden, werden die Händler natürlich den Frachtnachlaß nicht kassieren können, sondern sie werden den Preis bezahlen, der dem normalen Frachttarif entspricht. Wenn nun die nötige Anzahl der Waggons erreicht werden wird und späterhin daher die Bundesbahnen die Ermäßigung gewähren werden, so wird dies lediglich ein Geschenk an die Händler sein, von dem die Produzenten nicht einen Heller Nutzen haben werden. Denn es ist ja ausgeschlossen, daß der Händler im nachhinein, weil er den Nachlaß bekommen hat, dem Obstproduzenten die Ermäßigung in Form eines Preiszuschlages zugute kommen lassen wird. Wir wollten für unsere Obstproduzenten einen Nachlaß auf den Bahnen erhalten und haben für unsere Obstbauern gar nichts erreicht, sondern es ist eventuell den Händlern ein Geschenk in Aussicht gestellt worden. Auf diese Weise, meine sehr verehrten Herren, können wir nicht weiter Handelspolitik machen. Es muß endlich verlangt werden, daß die Bundesbahnen ebenso wie alle anderen Faktoren wirklich alles tun, um den Export und damit die Produktion zu schützen und ihr aufzuhelfen. Wir müssen daher die Regierung bitten, daß sie auf die Bundesbahnen Einfluß nimmt, daß dieses Zugeständnis, welches ein total verfehltes ist, aufgehoben wird und es zu einem Zugeständnis kommt, welches sich erstens im Preise wirklich auswirkt

und welches zweitens tatsächlich den Obstproduzenten zugute kommt.

Wir müssen weiters die Regierung bitten, daß sie beim Abschluß des jugoslawischen Handelsvertrages wirklich den Interessen der Landwirtschaft so Rechnung trägt, daß die Positionen im einzelnen nicht wieder eine Ermäßigung erfahren. Wenn der Herr Bundeskanzler vor kurzem seiner Befriedigung Ausdruck verliehen hat, daß wir Handelsverträge verbessern oder abändern, ohne daß eine Kündigung notwendig ist, so pflichten wir ihm vollkommen bei. Wir sind ja auch sehr zufrieden, wenn es ohne Kündigung geht. Wenn aber die Verträge ohne Kündigung nur so abgeschlossen werden können, daß sie eine brauchbare und wirklich nützliche Abänderung für die Landwirtschaft nicht bringen, dann haben wir natürlich von einer solchen Abänderung nichts.

Wir werden für den ungarischen Handelsvertrag stimmen, weil er jedenfalls einen bedeutenden Fortschritt in unserer Handels- und Zollpolitik im Interesse der Landwirtschaft darstellt.

Was den Antrag der Frau Abg. Freundlich anbelangt, die Warenumsatzsteuer herabzusetzen, so bin ich der Ansicht, daß dieser Antrag nicht in das Plenum, sondern in den Finanzausschuß gehört, weil er dort beraten werden muß. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn im Herbst ein solcher Antrag im Finanzausschuß eingebracht werden wird, wir dann zu einer die Landwirtschaft wirklich befriedigenden Regelung der Warenumsatzsteuer kommen werden.

Ich möchte damit schließen, daß ich die Mahnung erhebe, daß endlich Maßnahmen getroffen werden, die eine rasche Auswirkung gewährleisten, weil die Lage unserer Landwirtschaft in den letzten Monaten eine so verzweifelte geworden ist, daß sie sich tatsächlich am Ende ihrer Kraft befindet. Wenn man diesen Zustand nicht berücksichtigt und nicht wirklich rasch Hilfe schafft, dann wird die Landwirtschaft nicht nur am Ende ihrer Kräfte, sondern auch am Ende ihrer Geduld angelangt sein. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Manhalter: Hohes Haus! Der in Verhandlung stehende Handelsvertrag mit Ungarn erfüllt nicht alle Hoffnungen, die wir auf ihn gesetzt haben. Speziell die Positionen Obst und Gemüse sind es, bei denen den Interessen, namentlich der Bauern der Umgebung Wiens, die eigentlich die Leidtragenden dieses Zolltarifs sind, Abbruch getan wird. Wir wissen aber, daß die Solidarität der Bauern in erster Reihe steht, und müssen uns daher mit der Hoffnung begnügen, daß der Vertrag und besonders die Positionen Obst und Gemüse nicht lange bestehen werden.

Am meisten interessiert uns an dem vorliegenden Handelsvertrag, daß endlich dem Wunsche der

Bauern in der Richtung Rechnung getragen wird, daß die Spannung zwischen Vollgetreide und Mehl eine größere wird. Wir erwarten uns davon, daß die würgende Futtermittelnot, die speziell den Gebirgsbauern trifft, eine Milderung erfahren wird. Wir wissen, daß infolge dieser größeren Spannung unsere Mühlenindustrie mehr beschäftigt sein wird und daß es dadurch möglich gemacht wird, die Kleie, die heute einen exorbitanten Preis erreicht hat, wieder auf ein Preisniveau herabzudrücken, das es dem bäuerlichen Viehzüchter ermöglicht, eine größere Anzahl von Vieh über den Winter zu halten, was gewiß eine größere Vermögensbilanz der Bauernschaft bedeutet. *(Zustimmung.)*

Der ungarische Handelsvertrag ist nur ein Teil jener Maßnahmen, die erforderlich sind, um unsere Landwirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Lage herauszubringen. Wie schon von allen Seiten dieses Hauses betont wurde, ist unsere Landwirtschaft an der Grenze ihrer Kräfte angelangt. Es ist aber auch im Interesse der Industrie gelegen, daß das Einkommen der Bauern größer wird; denn wenn auch hier so oft von den erweiterten Exportmöglichkeiten der Industrie von allen möglichen Auslandsgeschäften, die eventuell zu machen wären, gesprochen wird, so glaube ich doch, daß der beste und sicherste Markt für unsere Industrie und unser Gewerbe doch der Inlandmarkt bleibt. Wir müssen vor allem trachten, einen aufnahmefähigen Inlandmarkt zu haben, und als solcher kommt die Landwirtschaft und speziell die österreichische Landwirtschaft sicherlich im hohen Grade in Betracht; denn sie verwendet das Geld, das sie einnimmt, nicht etwa dazu, Sparkasseneinlagen zu machen, sondern sie verbessert ihre Wirtschaft, kauft Maschinen, richtet die Häuser her, und das Geld, das der Bauer einnimmt, fließt auf diese Weise durch alle möglichen Kanäle wieder in die Volkswirtschaft zurück. Ich glaube daher, daß wir mit der Bewilligung dieses Zolltarifs auch der Industrie einen großen Dienst erweisen.

Eine besondere Position möchte ich hier erwähnen, nämlich die Position Schweine. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, der heute auf dem Wiener Markte herrscht, daß über 800.000 Schweine aus dem Ausland auf den Wiener Markt gebracht werden, während der österreichische Bauer, der hier leben muß, der hier seine Steuern zahlen muß, der in diesem Staat alle möglichen Institutionen erhalten muß, die sehr vielfach von anderen benutzt werden, von dem größten Konsummarkt des Bundes beinahe ausgeschlossen ist. Wenn wir — und ich komme hier auf die Worte meiner Vorrednerin, der Frau Freundlich, zurück — uns das Beispiel Dänemarks vor Augen halten, wo die Schweinezucht auf eine ganz enorme Höhe gebracht wurde, und wenn wir auch den Willen zeigen, diesem Beispiel zu folgen und alles daranzusetzen, um diesen Zweig der Land-

wirtschaft zu heben, der ja bestimmt rationell betrieben werden kann und der bestimmt dazu auszuweisen ist, einmal die Zukunft speziell der niederösterreichischen Bauern besser zu gestalten, so glaube ich, daß, wenn wir heute höhere Zollpositionen auf Schweine hier annehmen, wie sie im ungarischen Handelsvertrag enthalten sind, dies gewiß ein Schritt auf jenem Wege ist, der uns so besonders am Herzen liegt, ein Schritt auf dem Wege, der es uns ermöglicht, der österreichischen Bauernschaft ihre Sorgen und ihre großen Lasten leichter zu machen. *(Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Müller: Hohes Haus! Es ist hier vom Herrn Abg. Bistor behauptet worden, daß wir, die Opposition, uns bei der Begründung unserer ablehnenden Stellungnahme zu der in Verhandlung stehenden Vorlage sehr schwer getan hätten; besonders im Ausschuß hätten wir uns durchaus nicht zurechtgefunden. Das zu widerlegen und den Beweis zu führen, daß dem nicht so ist, fällt mir nicht schwer. Aber ich muß sagen — und es fällt mir sehr leicht, das hier darzulegen —, daß die Herren von den Mehrheitsparteien sich es wirklich sehr leicht machen, wenn es sich um die Vertretung der Interessen der breiten Massen der in der Landwirtschaft tätigen Menschen handelt. Vor allem hat der Herr Abg. Fahrner heute gemeint, wenn wir von den Kleinbauern, von den Arbeitsbauern reden, von jenen Bauern also, die die große Mehrzahl der in der Landwirtschaft selbständig Tätigen darstellen, dann meinen wir darunter — da hat er mich besonders persönlich apostrophiert — die Schrebergärtner und die Menschen, die irgendwo und irgendwann einmal in einem Blumenstiel Zwiebeln bauen oder dergleichen. Nun, ich muß sagen, die Fragen, um die es sich hier handelt, die ja Lebensfragen und Existenzfragen für die Landwirtschaft sind, könnte man doch etwas besser und ernster behandeln als mit so schlechten Wigen. Die Herren von den Mehrheitsparteien können mit dieser leichten Argumentation ja die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die weitaus größte Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinbetriebe sind, Betriebe, in denen die Menschen, die dort arbeiten, nur das zu erwirtschaften in der Lage sind, was sie für ihren Unterhalt selbst benötigen. Bitte, das ist gar keine sozialdemokratische Erfindung, das ist nicht irgendeine Behauptung eines sozialdemokratischen Mandatars, sondern das sind Tatsachen, die amtlich registriert sind, die oft genug in diesem hohen Hause dargestellt und ziffermäßig von den verschiedensten Seiten beleuchtet wurden. Wenn aber diese wichtigen Fragen hier von den Herren der Mehrheitsparteien so leicht hin behandelt werden, bleibt einem nichts anderes übrig, als daß man doch immer wieder diese Ziffern in

Erinnerung bringt. Wir haben gewiß keine endgültige absolut verlässliche und bis auf die letzte Einzelsiffer unbefreitebare Zählung vor uns, aber eine Zählung, die die amtliche Bestätigung gefunden hat, ergibt, daß wir in der ganzen Republik rund 452.000 landwirtschaftliche Betriebe haben. Von diesen 452.000 Betrieben haben 315.514 Betriebe, also weit mehr als die Hälfte, unter 10 Hektar Grund. Das ist auch keine sozialdemokratische Weisheit.

Die Feststellungen, die vor dem Kriege auf Grund wirklich eingehender Erhebungen über die Wirkung der schutzöllnerischen Politik gemacht worden sind, haben ergeben, daß bei Betrieben unter 10 Hektar Größe ein Getreidezoll, ein Viehzoll als Schutzmaßnahme überhaupt nicht in Betracht kommt, weil das reine Unterhaltswirtschaften sind. (*Widerspruch.*) Das haben nicht wir erfunden, das ist gar nicht unsere Weisheit, sondern die Feststellungen sind von Ihren Herren ausgegangen. Ich erinnere da — um nur einen Namen zu nennen — an Herrn Panz, der heute noch unter den Lebenden weilt und ein gewichtiges Wort als Sachmann in der Landwirtschaft heute noch mitzusprechen hat. Auf Betreiben dieses Herrn Panz, der in der Zeit vor der Einführung der Hochschutzzölle ein begeisterter Anhänger des Ritters von Hohenblum war, des energischsten Verfechters dieser hochschutzzöllnerischen Politik in der Vorkriegszeit, hat das damalige Ackerbauministerium in einer großen Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben in den einzelnen Kronländern des alten Österreichs Erhebungen darüber gepflogen, wie sich die versprochenen Preiserhöhungen und Preissicherungen bei den Getreideprodukten und beim Vieh zugunsten der betreffenden Landwirte ausgewirkt haben, und die Erhebungen haben ergeben, daß das Gegenteil von den versprochenen Verbesserungen, von den der Landwirtschaft in Aussicht gestellten Auswirkungen eingetroffen ist. Die Erhebungen haben ergeben, daß die übergroße Zahl der befragten Landwirte erklärt hat: Ja wir haben zwar durch die Preiserhöhungen, die das Getreide infolge des höheren Zolls erfahren hat, mehr Einnahmen zu verzeichnen, aber wir haben gleichzeitig auf der andern Seite bedeutend höhere Mehrausgaben leisten müssen. Das war die Wirkung der Getreidezölle schon im ersten Jahre, im Jahre 1906, weil die verteuerten Lasten, die die Konsumenten zu tragen haben, die nichts zu verkaufen haben, die alles einkaufen müssen, sich natürlich auch auf den Getreideproduzenten ausgewirkt haben. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, hier in diesem hohen Hause und in den Ausschüssen ziffermäßig diese Erhebungen vorzutragen. Was die Größe der Betriebsstätten in der Landwirtschaft, das Verhältnis der Bodenverteilung betrifft, so hat sich in der Nachkriegszeit nichts Wesentliches geändert, im Gegenteil, die Zerspaltung, die Zerkleinerung der Betriebe hat noch

einen Fortschritt gemacht. Es ist also doch gar nicht anders geworden, und man muß daher sagen, daß die Auswirkungen des Getreidezolles und der Viehzölle auf die Landwirtschaft heute genau dieselben sein werden, wie sie sich in der Vorkriegszeit, in der Zeit der Hochschutzzollpolitik gezeigt haben.

Ich hatte im Ausschuss Gelegenheit, festzustellen, daß es doch kein Zufall ist, daß die Landwirtschaft fast in der ganzen Welt und besonders in den Ländern, in denen in den letzten Jahren eine besonders starke Hochschutzzollpolitik betrieben wurde, sich heute gegen diese Politik wendet und feststellt; Die Zollerhöhungen, die Zollschranken, die Zollausswirkungen haben uns nichts gebracht, haben uns nicht gerettet, unsere Lage ist im Gegenteil schlechter geworden. Es ist sicherlich kein Zufall, daß ganz hervorragende Menschen in der Landwirtschaft — ich will nicht wiederholen — immer deutlicher, immer energischer die Erkenntnis in der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu verbreiten suchen, daß nicht die Zollpolitik eine der Grundlagen für die Verbesserung und Sicherung der Lebensbedingungen in der Landwirtschaft bildet, sondern daß hierzu andere Maßnahmen erforderlich sind.

Meine Herren von den Mehrheitsparteien, das sind die einzigen Ursachen, warum wir uns wehren. Sie können nicht mit einem Witz von Schrebergärtnern und Blumentopfpüchtern darüber hinwegkommen, ebenso wie wir gezwungen sind, die Tatsachen ernst zu nehmen, die nun einmal bestehen, daß die große Mehrzahl der Landwirte kein Getreide zu verkaufen hat, selbst wenn sie Getreide bauen, es für sich verwenden müssen, und daß die wenigen, die Getreide zu verkaufen haben, selbst bei voller Auswirkung dieser Zölle, der Vorteile der Preisauswirkung entweder gar nicht oder nur in sehr geringem Ausmaße teilhaftig werden können, infolge der eigenartigen Verhältnisse beim Absatz und infolge der Tatsache, daß die wildeste Spekulation die Grundlage der ganzen Preisbildung in allen landwirtschaftlichen Produkten, besonders aber beim Getreide ist. Darum also wenden wir uns gegen die immer wiederkehrende irreführende Behauptung der Vertreter der Mehrheitsparteien, wenn sie draußen den Bauern und hier im Hause der Öffentlichkeit sagen, solche Handelsverträge, solche Zollerhöhungen bilden Verbesserungsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Wir wenden uns dagegen, weil wir nicht mitschuldig werden wollen an der furchtbaren Enttäuschung, die die Landwirtschaft durch diese irreführenden Behauptungen erlebt hat und wieder erleben wird. Wir haben Ihnen wiederholt Vorschläge gemacht und gesagt, wie wir uns vorstellen, daß man der Landwirtschaft ohne diese Zollpolitik auch in der Sicherung der Preise und in der Verbesserung des Absatzes helfen könnte. Auch hier stehen wir durchaus nicht allein. Gerade bei unseren

Forderungen über die Sicherung, über die Stabilisierung der Getreidepreise, über die Schaffung von Getreidehandelsmonopolen erleben wir es, daß immer mehr bedeutende, maßgebende Geister der Fachwelt in der Landwirtschaft sich auf unsere Seite stellen und unsere Forderungen mitvertreten helfen.

Sie haben eine Diskussion, eine ernste Verhandlung über diese Frage bisher nicht möglich gemacht. Ich habe also nicht so unrecht, wenn ich behaupte, daß Sie sich die Stellungnahme zu den Fragen, wie man die Lage der Landwirtschaft verbessern könne, sehr leicht machen. Der Herr Abg. Manhalter hat hier soeben in einem Zwischenruf die Frage in den Vordergrund gerückt: mehr Bargeld für den Bauern, mehr Bargeld in das Haus der Landwirtschaft! Ganz natürlich, dieses „Mehr Bargeld“ bedeutet selbstverständlich mehr Einkauf industrieller Produkte. Aber mit dieser Politik werden Sie den Bauern keinen Heller Bargeld mehr ins Haus bringen — natürlich nicht den wenigen, diesen 17 oder 15 Prozent landwirtschaftlichen Besitzern, die vom Getreidezoll vielleicht etwas mehr oder etwas weniger beim Preise haben werden, sondern der Masse der Bauern. Im Gegenteil! Diese Masse der kleinen Bauern — das sind keine Eisenbahner, wie der Herr Abg. Fahrner gemeint hat, keine Schrebergärtner, sondern Bauern, die ihren Hauptberuf in der Landwirtschaft, auf ihrem Besitz haben, Bauern, die nun einmal das unsagbare Kunststück zustande bringen und zustande bringen müssen, mit 2, 3, 4, 5 Foch Grund ihr und ihrer Familie Dasein zu fristen —, diese Bauern bekommen aus der Erhöhung der Getreidezölle nicht mehr Bargeld in die Hand, im Gegenteil, die Bauern, die hie und da ein Huhn oder eine Gans zu verkaufen haben, werden durch den Handelsvertrag, den Sie jetzt beschließen, für den Sie die Preise, die jetzt etwas gesicherter sind, wieder in Frage stellen, sehr geschädigt werden. Mit den Maßnahmen also, die Sie hier in Aussicht nehmen werden Sie das nicht erreichen. Wir haben Ihnen, als wir acht Monate mit Ihnen um die Frage, ob Zollschutz oder andere Maßnahmen zur Sicherung der Landwirtschaft gewählt werden sollen, gerauft haben, eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie wir uns vorstellen, daß man die Hektarerträge erhöhen könnte.

Der Herr Abg. Fahrner hat in seiner heutigen Rede die Behauptung aufgestellt, in Ungarn seien infolge der Bodenbeschaffenheit und anderer Ursachen die Hektarerträge höher. Es ist dies nicht wahr, aber abgesehen davon: mit der Zollschuttpolitik können Sie keine Hektarerträge erhöhen. Was zur Erhöhung der Hektarerträge notwendig ist, ist vor allem die Verbilligung der Produktionskosten. Mit diesem Mittel ist vor allem eine Rentabilität in der Landwirtschaft zu erreichen. Aber mit den bloßen

Verprechungen und Hoffnungen, die Sie der Landwirtschaft immer so leicht hin machen — mit den Getreidezöllen und den Viehzöllen werden wir die Körndlbauern und Hörndlbauern retten, da bekommt ihr mehr Bargeld ins Haus —, da werden die Bauern bis zum Sanct Nimmerleinstag warten, so wie in der Vorkriegszeit. Es werden aus diesem Titel keine erhöhten Hektarerträge und keine Rentabilitätsverbesserungen zustande kommen.

Wenn man also zusammenfassen will, dann muß man sagen, daß, so wie es die Frau Abg. Freundlich neuerdings dargelegt hat, auf der einen Seite eine ganz bedeutende Belastung für die Menschen, die bei uns Brot und Mehl kaufen müssen, daraus entstehen wird; und das sind nicht bloß die Menschen in der Industrie, im Handel und Verkehr, das sind auch die große Mehrzahl der Menschen in der Landwirtschaft, auch die müssen Brot und Mehl kaufen. Für alle diese Menschen also eine Verteuerung dieser unentbehrlichen Lebensmittel.

Die Herren der Mehrheitsparteien haben gemeint und heute neuerlich hier behauptet, wenn auch vielleicht eine Verteuerung eintreten wird, die Preise für die Futtermittel, für die Nebenprodukte des Getreides werden aber nicht erhöht werden. Wer's glaubt, wird selig. Diese Melodie hören wir bei jeder Erhöhung einer Zollposition. Diese Melodie ist in den Jahren 1904 und 1905 gesungen worden, sie ist aber schon in den Jahren 1906 und 1907, den ersten zwei Jahren der Auswirkungen der damaligen Zölle, verstummt, weil Sie den für die damaligen Verhältnisse sehr scharfen Widerspruch der Bevölkerung wahrnehmen mußten. Auch heute wird diese Melodie verstummen, wenn Sie den Zorn, den Volkszorn der enttäuschten, der zugrunde gerichteten Arbeitsbauern zu spüren bekommen werden. Dann, meine Herren, wird die Melodie: es wird nie teurer und ihr Bauern werdet gerettet werden, ihr Ende finden.

Diese Verteuerung trifft also die breiten Massen des arbeitenden Volkes, alle die, die nichts haben, die ein elendes Leben führen müssen, trifft die Tausende und Abertausende von Arbeitslosen in der Stadt und auch auf dem Lande, auch die nichtamtlich gezählten Arbeitslosen, erwachsene Kinder der Arbeitsbauern draußen in jedem Dorf, die in der Vorkriegszeit nebst der teilweisen Mitarbeit im heimischen Betrieb in die umliegenden Fabriksbetriebe in die Arbeit gehen mußten, weil auch in der Vorkriegszeit ein großer Teil der erwachsenen Kinder der Arbeitsbauern in der Landwirtschaft nicht seine Beschäftigung finden konnte, weil unsere Einheimischen draußen in den Dörfern nicht so anspruchlos, nicht so kulturlose Menschen sind, wie es in anderen Ländern leider heute landwirtschaftliche Arbeitskräfte noch sind, und wir daher auch so wie in der Vor-

kriegszeit es heute noch immer erleben und ertragen müssen, daß diese kulturlosen Menschen hereinkommen und den Einheimischen hier um billigeres Geld, um billigeren Lohn die Arbeit wegnehmen, hier als Lohndrücker arbeiten. Alle diese Menschen werden die Verteuerung um so härter spüren, und die Massen, denen die Verbesserung versprochen worden ist, sie werden nichts haben, sie werden keine Verbesserungen erreichen, werden nicht mehr Bargeld bekommen, werden nichts anschaffen können.

Meine Herren! Sie lehnen ja alles andere ab, Sie haben sich auf den Zustandstandpunkt eingestellt, nichts anderes, Zollpolitik! Und wenn die ganze Welt rings um Sie herum, wenn die Menschen auf der Weltwirtschaftskonferenz sagen: Schluß mit der schutzzöllnerischen Politik, weil sie niemandem hilft, weil sie nur Schaden stiftet, Sie müssen ihren Zustandstandpunkt haben, ohne Rücksicht darauf, daß draußen Ihre eigenen Berufskollegen zugrunde gehen. Und der Herr Bundeskanzler kommt dann hier ins Haus und sagt: Das wollen ja die Bauern, die Bauern haben das beschlossen! Nein, erklären wir Ihnen, Sie und der Herr Bundeskanzler, Sie haben kein Recht, so zu reden. Bei den 43 Prozent, die uns gewählt haben, sind sehr viele Prozent Bauern dabei, die Ihre Politik satt haben. *(Beifall und Widerspruch. — Zwischenrufe.)*

Berechtete Herren von der Majorität! Glauben Sie, daß im Viertel unterm Manhartsberg, das zu 85 Prozent agrarische Wähler hat, wenn man sie nach der Berufstätigkeit einteilt, zwei sozialdemokratische Abgeordnete bei der Wahl herauskommen könnten, wenn nicht wirklich eine ganz große Anzahl von Bauern in diesem Wahlkreis sozialdemokratisch gewählt hätte? Natürlich nicht, weil Sie in uns — weiß ich — irgendwelche überirdische Erscheinungen erblicken *(Heiterkeit)*, sondern weil sie zu der Erkenntnis gekommen sind, daß auch für sie kein anderer Weg übrigbleibt als der, den schon alle anderen arbeitenden Menschen in ihrer großen Mehrheit gegangen sind, der Weg zur Sozialdemokratie. Das ist die Tatsache. Und, meine Herren, das, was sie jetzt hier wieder machen, was Sie so leicht hin beschließen, was Sie so leicht hin begründen trotz der Not, die Sie kennen, das wird natürlich der Prozeß des Abfalles von Ihren Parteien beschleunigen. *(Ruf: Gut für Sie!)* Uns kann es ja recht sein. Ich habe keine Ursache, das hier erst zu sagen und Sie darauf aufmerksam zu machen; aber es handelt sich hier nicht um die Parteiinteressen, sondern um die Tatsache, daß die Menschen, die helfen sollten und helfen könnten — und das sind Sie, die Mehrheitsparteien, die Sie die Regierung haben, die Sie die Macht ausüben können und die Sie auch die Geldmittel haben —, nichts Ernstes unternehmen, sich mit solchen ganz ungeeigneten und schädlichen Gesetzgebungsakten hier befassen und der

Masse draußen vortäuschen wollen, daß das ein Mittel zur Linderung der Not sei.

Ich habe es schon im Ausschuß erklärt und erlaube mir, es auch hier zu sagen: Uns, die wir draußen in den Dörfern arbeiten müssen, wo eine entsetzliche Armut unter den Arbeitsbauern herrscht, wo die Existenzen unter den Folgen Ihrer Wirtschaft zusammenbrechen, uns graut vor der Verantwortung, die Sie da neuerlich mit der Annahme dieses Handelsvertrages übernehmen. Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken. Sie haben es mit sich selbst auszumachen. *(Beifall. — Zwischenrufe.)*

Berichterstatter **Boller**: Hohes Haus! Ich muß dem geehrten Vorredner recht geben, wenn er sagt: Wirtschaftsragen sollen keine Parteiragen sein. Ich glaube, daß dieses Abkommen nur vom Standpunkte der Wirtschaft aus beleuchtet werden kann. Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß wir dort, wo unsere Wirtschaft von der neuen Grenzführung unabhängig ist, einen Aufschwung feststellen konnten. Dies ist bei der Landwirtschaft der Fall. Wir glauben, diesen Aufschwung der Landwirtschaft auch durch eine entsprechende Zollpolitik fördern zu müssen.

Wenn wir in unserer Handelspolitik für unsere Industrie die Gewinnung neuer Absatzmärkte anstreben müssen, so müssen wir auch mit der Tatsache rechnen, daß gerade unsere Nachbarstaaten bemüht sind, sich in bezug auf die Industrie autark einzustellen.

Ich will feststellen, daß weite Kreise der Landwirtschaft dieses Abkommen verteidigen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Wirtschaftsnot der landwirtschaftlichen Bevölkerung als Konstante auch die Tötung der Kaufkraft des Inlandmarktes bedeuten würde.

Was den Antrag der Frau Abg. Freundlich über die Aufhebung der Warenumsatzsteuer anbelangt, so will ich noch einmal erwähnen, daß ein Beschluß über die Aufhebung der Warenumsatzsteuer, die ja eine geteilte Abgabe ist, im Ausschuß für Handel nicht gefaßt werden konnte und daß nach meiner Ansicht diese Angelegenheit vor den Finanzausschuß gehört. Frau Abg. Freundlich hat ja die Möglichkeit, dort neuerdings diesen Antrag zu stellen.

Ich bitte das hohe Haus, das vorliegende Abkommen anzunehmen und über die Minderheitsanträge im Sinne des Ausschußbeschlusses abzustimmen. *(Beifall.)*

Damit ist die Aussprache beendet. Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag angenommen, die beiden Minderheitsentscheidungen abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Zugewiesen werden: Regierungsvorlagen B. 176 dem Verfassungsausschuß, B. 177 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft, die Anträge Nr. 154 und 155 dem Verfassungsausschuß.

An Stelle Müller als Mitglied und Klimann und Hareter als Ersatzmänner des Ausschusses für Handel werden Bauer Alois, beziehungsweise Dr. Hampel und Hermann, an Stelle Markschläger als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses Kern gewählt.

Nächste Sitzung: Freitag, den 6. Juli, 11 Uhr vorm. Tagesordnung:

1. Bericht des Hauptausschusses, betr. die Wahl eines Bundesministers für Justiz.

2. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 173), betr. das Elektrizitätsförderungsgesetz vom Jahre 1928.

Ergänzung vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 20 Min. nachm.